

selbsthilfegruppenjahrbuch
2002

DAG SHG

selbsthilfegruppenjahrbuch 2002

Herausgeber:

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
Friedrichstr. 28, 35392 Gießen

Redaktion:

Anita Jakubowski, Koordination für Selbsthilfe-Kontaktstellen in
Nordrhein-Westfalen der DAG SHG e.V. (KOSKON),
Friedhofstr. 39, D-41236 Mönchengladbach, Tel.: 02166/248567
Jürgen Matzat, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V.,
Friedrichstr. 33, D-35392 Gießen, Tel.: 0641/99-45612
Wolfgang Thiel, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung
und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V. (NAKOS),
Wilmsdorfer Straße 39, D-10627 Berlin, Tel.: 030/31018960

Umschlag:

Lutz Köbele-Lipp, Kubik, Berlin

Satz und Layout:

Focus Verlag GmbH, Gießen

Druck:

Fuldaer Verlagsagentur, Fulda
ISSN 1616-0665

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder. Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher
Genehmigung der Redaktion und der Autoren.

Herstellung und Versand dieser Ausgabe des ›selbsthilfegruppenjahrbuchs‹
wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend, von der ›GlücksSpirale‹ und von folgenden Krankenkassen:
Barmer Ersatzkasse, Brühler Krankenkasse Solingen, Buchdrucker-Kranken-
kasse Hannover, Deutsche Angestellten Krankenkasse, Hamburg-Münchner
Krankenkasse, Kaufmännische Krankenkasse, Krankenkasse Eintracht
Heusenstamm, Krankenkasse für Bau- und Holzberufe, Schwäbisch-
Gmünder Ersatzkasse, Techniker Krankenkasse.

Wir bedanken uns ganz herzlich!

*Zur Unterstützung unserer Vereinsarbeit bitten wir Sie herzlich um eine
Spende (steuerlich abzugsfähig) auf unser Konto Nr. 6.3030.05 bei der
Volksbank Gießen (BLZ 513.900.00).*

Selbsthilfe hat in der Zivilgesellschaft auch einen politischen Auftrag

In der Selbsthilfe lassen sich vielfältige Ansätze einer lebendigen Bürger/innenbeteiligung und zivilgesellschaftlichen Engagements beobachten. »Die Selbstsorge der Selbsthilfe wird von Fachleuten sogar als Voraussetzung für praktische Solidarität beschrieben. Zivilgesellschaft lebt vom Engagement der Menschen, und in der Selbsthilfe engagieren sich Menschen weit über ihre persönliche Betroffenheit hinaus.«¹ Menschen engagieren sich; Frauen und Männer.

Im Rahmen der Diskussionen zum »Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001« spielten sowohl Selbsthilfe als auch geschlechterspezifische Aspekte dieser Arbeitsform eine untergeordnete Rolle. Dies, obwohl in der Öffentlichkeit und Politik weitgehende Einigkeit über die gesellschaftliche Bedeutung der Selbsthilfe als freiwilliges Engagement besteht und obwohl Feministinnen schon lange die geschlechtsspezifische Diskriminierung in anderen Arbeitsbereichen problematisieren. In einem Dokument, mit dem die Bundesregierung über die Ziele des Internationalen Jahrs der Freiwilligen informiert, heißt es: »Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe sind unverzichtbare Voraussetzung für gelebte Demokratie und humanes Miteinander. In Zeiten globaler Veränderungen wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in hohem Maße von der oft wenig sichtbaren und unspektakulären Arbeit bestimmt, die Menschen freiwillig täglich erbringen.«²

Was verbirgt sich hinter den Begriffen?

Was ist Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe? Und wer sorgt (vor allem) für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

In der ehrenamtlichen *Arbeit*, im Sinne von fürsorgerischen Arbeiten für solche die sich nicht, nicht mehr oder noch nicht selbst helfen können, finden wir weit überwiegend (ca. 75 %) Frauen. Männer arbeiten eher im *EhrenAmt*, das mit gesellschaftlicher Anerkennung z. T. mit hohen Aufwandsentschädigungen verbunden ist: Schöffen, ehrenamtliche Richter, Leitungsfunktionen in Vereinen und Verbänden, Positionen in den Aufsichtsräten. Untersuchungen, die feststellen, daß insgesamt mehr Männer als Frauen sich freiwillig sozial engagieren zählen die Bereiche Sport, Parteien, Gewerkschaften, Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr, in denen von fünf ehrenamtlich Arbeitenden nur eine Frau ist, mit zu dieser Arbeitsform.³

Bürgerschaftliches Engagement ist Engagement in unterschiedlichen selbstorganisierten Initiativen, im sozialen Bereich, im Gesundheits- und Umweltbereich, im Bereich von Internationalismus und Soziokultur u.a. In Westdeutschland fand es seinen Höhepunkt Ende der 60er Jahre in der Bürgerinitiativbewegung, die sich in kommunale, staatliche und kommerzielle Planungspro-

zesse einmischte. Die Bürgerinitiativbewegung war ebenso wie die Frauenprojektebewegung eine politische Bewegung.

Auch in der Selbsthilfe sind die Funktionsträger eher Männer, während Frauen ihre sog. »weiblichen Kompetenzen« mit 70 % in der Sorge- und Kummerarbeit einbringen. In der Familienselbsthilfe sind es sogar 90 %.⁴ Selbsthelfer/innen treffen sich v.a. um eigene Probleme aus eigener Kraft, bzw. gemeinsame Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, bzw. Lebensbedingungen gemeinsam und selbstbestimmt zu gestalten. In der Regel sind alle Mitglieder gleichberechtigt. Zur Selbsthilfe rechnet sowohl die aktive Beteiligung in Selbsthilfegruppen als auch das darüber hinausgehende Engagement, das erforderlich ist, um Aktivitäten im Selbsthilfebereich ins Leben zu rufen, am Laufen zu halten und um insgesamt den Selbsthilfebereich zu unterstützen. Nicht jede Selbsthilfegruppe hat zugleich einen politischen Anspruch und hinter einem Mütterzentrum verbirgt sich oft etwas anderes, als hinter einer Elternselbsthilfegruppe, die einen Kinderladen aufbaut. Aber beide sind unter Umständen geeignet, die Misere, die mit der bürgerlichen Familienideologie und der dazugehörigen nicht berufstätigen Mutter verbunden ist und die mit dem Primat der Hausversorgung einhergeht, in Zweifel zu ziehen und sozialstaatliche Forderungen an für Bezugspersonen finanzierbare pädagogisch wertvolle Betreuung zu stellen oder politische Vorstellungen zur Akzeptanz bestehender anderer Formen des (Zusammen)lebens zu entwickeln.

Arbeit in Selbsthilfegruppen ist, ebenso wie ehrenamtliche Arbeit, meist unbezahlt geleistete Sozial- und Gesundheitsarbeit, durch die die Versorgung von Hilfsbedürftigen ohne großen Kostenaufwand aufrechterhalten und gleichzeitig die sinnvolle Beschäftigung von Menschen, die keine Erwerbsarbeit haben, sichergestellt wird. Eine Trennung zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt bzw. Bürgerschaftlichem Engagement ist in vielen Fällen nur schwer vorzunehmen. Ehrenamtliche Arbeit birgt immer auch Selbsthilfeaspekte in sich, so wie Selbsthilfearbeit ohne Unterstützung durch Fremdhilfe nur schwer durchführbar ist.

Das Handlungsprinzip »Hilfe zur Selbsthilfe«

Der Selbsthilfebereich ist das eigentliche »neue Ehrenamt«. In der Alt-BRD war er zu Beginn der 70er Jahre oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände und Sozialsysteme. Er war damals eine Art Gegenbewegung von Jugendlichen und Erwachsenen, auch Frauengruppen für neue, eigene, den Menschen nahe Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, gegen überkommene, einschränkende, unterdrückende, unzulängliche öffentliche Angebotsstrukturen. Historisch läßt sich mit dem Begriff Selbsthilfe jener politische Prozess markieren, in dem sich soziale Sicherungssysteme und professionelle Helfer herausgebildet haben, in dem sich selbstorganisierte Jugend- und Wohlfahrtsverbände gründeten, in dem Gegenbewegungen immer wieder aufkamen (z.B. Arbeiterjugend- und Frauenprojekte im politischen, sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich). Diese Bewegungen

wurden durch ein sich entwickelndes öffentliches Rechts- und Fördersystem auch immer wieder vereinnahmt, kontrolliert oder unterdrückt.

Das Handlungsprinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe« ist bis heute die meist zitierte Maxime sozialer Arbeit. Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet die Befähigung der Adressaten der Sozialarbeit, durch materielle und immaterielle Hilfe (wieder) ein eigenständiges, von fremder Hilfe unabhängiges Leben zu führen. Dennoch wird die »Stärkung der Selbsthilfekräfte« (modern: Empowerment) auch immer wieder infrage gestellt, sei es, daß Fähigkeiten der Adressaten überschätzt werden, Problem- und Konfliktpotentiale immer wieder neu entstehen, weil man nicht an die Wurzeln z. B. der Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, psycho-sozialen Probleme geht oder gehen kann, oder weil der Hilfsbedürftige zu früh allein gelassen wird. Wichtig ist, daß die Hilfe zur Selbsthilfe nicht mehr nur auf den einzelnen bezogen bleibt (Bildung von sozialen Netzwerken). Noch wichtiger ist, daß Selbsthilfe nicht dabei stehen bleibt, daß Menschen sich selbst und gegenseitig Wunden lecken, sondern auch nach den Wurzeln der Übel graben und gemeinsam an Veränderungen arbeiten. Denn die Problemlagen, die Selbsthilfe erfordern, nehmen in unserer Gesellschaft ständig zu, nicht zuletzt durch die steigende Erwerbslosigkeit und die wachsende Armut vor allem im östlichen Teil der Bundesrepublik.

70.000 – 100.000 Selbsthilfegruppen zählt NAKOS bereits. Ihnen kommt eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu. Viele Arbeiten, die dort geleistet werden, können nicht durch professionelle Hilfe erbracht werden. Viele Selbsthilfeaktivitäten können aber auch nur sinnvoll sein, wenn professionelle Arbeit ebenso ausreichend zur Verfügung steht oder abgerufen werden kann. Fatal ist ein Verlagern von professioneller Tätigkeit auf Selbsthilfe oder Ehrenamt. Nach einer Studie über ehrenamtliche Arbeit und Selbsthilfe (sog. Volunteering) in Europa⁵ (Gaskin u.a. 1996) sind Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark, Spitzenreiter. Schweden und Dänemark sind Länder mit hohen Standards, wenn es um die sozialstaatlichen Leistungen geht und einer hohen Erwerbstätigenquote, wenn man sich die Frauenarbeit ansieht. Hieraus wird deutlich, daß »Selbsthilfeelemente« weder durch einen Rückzug des Sozialstaates noch durch eine »Hausfrauisierung« geweckt werden, wie es Politiker/innen immer wieder diskutieren.

Das soziale Netz hat viele Löcher

In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion haben sie Konjunktur, die »Freiwilligen«. »Was ich kann, ist unbezahlbar«, so hieß der Slogan der Bundesregierung zum »Internationalen Jahr der Freiwilligen«. Das wissen die vielen Frauen, die schon lange ohne Geld arbeiten. Soziale Versorgung wird großflächig reprivatisiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet bzw. der ehrenamtlichen Arbeit und Selbsthilfe übergeben – und all dies wird mit dem ideologischen Mäntelchen des Vorteils menschlicher Wärme in kleinen sozialen Netzwerken im Vergleich zur Kälte der professionellen Hilfeexperten in den Betreuungseinrichtungen gnädig zugedeckt. Die Lage der Arbeitnehmer/innen ist durch zu-

nehmende ökonomische und soziale Unsicherheit zu charakterisieren. Erwerbslosigkeit und Armut nehmen einen erschreckenden Umfang an. Damit wächst auch die Zahl der Hilfsbedürftigen. Das führt zu neuen Ausgrenzungen derer, die sich nicht (mehr) selbst helfen können. Die vorhandenen Selbsthilfepotentiale werden in Zukunft ohnehin nicht ausreichen, um die Wunden zu heilen und die Löcher, die der Sozialabbau im sozialen Netz hinterläßt, zu stopfen. Es finden sich immer wieder Argumente wie die folgenden: Soll die gesamte soziale Arbeit und die Arbeit im Gesundheitsbereich von professionellen Helfer/innen erbracht werden, ist sie nicht mehr bezahlbar; deshalb sei freiwilliges, unbezahltes Engagement in Ehrenamt und Selbsthilfe notwendig. Zudem könnten und wollten sich nicht alle Menschen im Beruf verwirklichen, sondern würden ihre Zufriedenheit in der Familie und zusätzlich beim bürgerschaftlichem Engagement, in der Pflege von Alten und Hilfsbedürftigen und in der Selbsthilfe finden. Angeprangert werden die verkrusteten Strukturen der Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen, die die unbezahlte Arbeit für zu wenige attraktiv machen. Wenn es endlich gelänge, weitere »Potentiale« – vor allem unter den jüngeren Menschen – zu gewinnen, könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Arbeitsmarkt würde entlastet und noch mehr Hilfsbedürftige würden zum Nulltarif versorgt.

Der Schwerpunkt der Diskussionen um »die Zukunft des Sozialstaats« birgt daher die Hoffnung, (noch) nicht Engagierte durch geeignete Maßnahmen als »Potentiale für soziale Unterstützung und solidarisches Handeln in der Gesellschaft gewinnen und fördern zu können«. Das ist nicht verwunderlich, denn *ohne die unbezahlte Arbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe würde schon heute das System der sozialen Dienste zusammenbrechen. Damit blieben viele der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt.*

Gegen die Ideologisierung der unbezahlten Arbeit

Immer wieder wird von Politiker/innen aller Couleur auf die gesellschaftlich dringend benötigten vielfältigen und kreativen Lösungen für eine lebendige Zivilgesellschaft hingewiesen. Auch Bundeskanzler Schröder appelliert an ein modernes Staatsverständnis; denn – so seine Ausführungen anläßlich eines Kongresses im November 2000: »Was die Gesellschaft besser lösen kann, das muß, das soll der Staat nicht machen«. Solche Argumentationen, ideologisieren die Unbezahltheit der Arbeit, nicht selten auf Kosten von Frauen. Denn die Zivilgesellschaft ist auch die Gesellschaft, in der die geschlechterspezifische Ungleichheit im »privaten« wie im öffentlichen Leben verankert ist. Vor dem Hintergrund der Privatisierung in den Konzeptionen der Bürgergesellschaft ist auch die Familie als Teil der Zivilgesellschaft zu verstehen. Letztlich zielt die Debatte auf die Restauration der Kernfamilie mit der »sorgenden Mutter« – im eigenen Haus und darüber hinaus – ab und nicht auf die Umverteilung von sozialer Verantwortung und ein neues Verhältnis von Solidarität, in der die Ebenbürtigkeit der Geschlechter mitgedacht ist. Die Tatsache, daß Männern wesentlich seltener Arbeit in Ehrenamt und Selbsthilfe als Ersatz für bezahlte Ar-

beit angeboten wird, wird ebenso wenig diskutiert, wie die Tatsache, daß die Arbeitsinhalte für Frauen meist andere sind als für Männer.

Bemerkenswert erscheint, daß einerseits der Ruf nach Gemeinsinn und Gemeinschaft immer stärker wird, andererseits viele Gemeinschaftsprojekte, besonders seit der Zeit nach der Wende durch Sozialabbau bedroht sind. So zum Beispiel Selbsthilfeprojekte, die Flüchtlingsarbeit leisten, die gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt vorgehen, Frauenprojekte, und solche im Bereich der Jugendarbeit. Sie erfordern aktive Bürgerbeteiligung *und* finanzielles Engagement. Zur Erhaltung lebensfähiger demokratischer Verhältnisse sind sie wichtiger denn je. Das heißt nicht, daß alle in diesen Bereichen jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten professionalisiert und damit den Kriterien der Lohnarbeit unterstellt werden sollen. Es spricht jedoch einiges dafür, daß Selbsthilfe erst dann effektiv eingesetzt werden kann, wenn die professionelle Versorgung von Hilfe-, Versorgungs- und Betreuungsbedürftigen sichergestellt ist und wenn Selbsthilfe wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden kann, das heißt, wenn die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden *und* Versorgenden gewährleistet ist.

Selbsthilfe sollte sich an ihren politischen Auftrag erinnern

Um das zu erreichen, wird es notwendig, daß sich Selbsthilfe an ihren ursprünglichen *sozial-politischen* Auftrag erinnert, d.h. Selbsthelfer/innen schließen sich solidarisch zusammen, um die soziale und wirtschaftliche Situation ihrer Mitglieder zu verbessern *und* nach Lösungen zu suchen, damit die Wurzeln der Übel, die zu den Problemen geführt haben, beseitigt werden.

Frauen in Ehrenamt und Selbsthilfe fordern – so geht es aus empirischen Studien hervor –, daß auch in Zeiten leerer Kassen professionelle Arbeit nicht in Selbsthilfe überführt werden darf. Für die Zukunft wird es notwendig, bezahlte und unbezahlte gemeinwesenorientierte Arbeit im Zusammenhang zu sehen. Schließlich sind Kindergärten, Jugendwohngemeinschaften, Frauenprojekte, Alten-Service-Zentren auch dann Orte von Gemeinsinn und Gemeinschaft, wenn dort gut ausgebildete und nah dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt solchen Projekten den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort zusätzliche sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wäre notwendig, Abgrenzungen vorzunehmen, welche Arbeiten durch bezahlte Kräfte und welche in Selbsthilfegruppen geleistet werden sollen bzw. können. Und es wäre notwendig, herauszuarbeiten, welche Art von Selbsthilfe für die Gesellschaft nützlich und notwendig ist, so daß sie anerkannt und von der Gesellschaft gefördert werden sollte. Angesichts von Millionen erwerbsloser Menschen sind allerdings in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zu entwickeln, wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt *und* (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme der »unbezahlbaren Arbeiten« nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung geht.

Zur Lösung des Erwerbslosenproblems sind weder ehrenamtliche Arbeit noch Selbsthilfe ein geeignetes Gegenferment.

Anmerkungen

- 1 Siehe die Einladung zur Fachtagung »Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft« der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen vom 11. bis 13.6.2001 in Hannover
- 2 zit. nach: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): »Freiwilliges Engagement in Deutschland: Ergebnisse einer Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Schriftenreihe Bd. 194, Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 16
- 3 Z.B. BMffSFuJ 2000
- 4 Wolfgang Erler; Birgit von Tschilschke: Familienselbsthilfe in Ostdeutschland. Sozialpolitische Potentiale einer Alltagsbewegung. In: Diskurs Nr. 2/1998, S. 25 – 39; hier: S. 26
- 5 Gaskine, Katharine; Smith, Justin Davis; Paullwitz, Irmtraud u.a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg 1996

Dr. Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung